

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 28 Mt., durch Boten bezogen monatlich 30 Mt., bei Postbez. monatlich 32 Mt. frei Haus. Einzelst. wöchentlich 4 Mt. Einmalige Einzelnummer 1.50 Mt. Postfachkonto: Amt 9. Postfach 16 664. Geschäftsstelle: Sülzstraße 4. Für unerledigte Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spaltenbreite Millimeter Satzraum 1.50 Mt. für die Spaltenbreite Millimeter Actuarium 6 Mt. Die laufende Monatsgattung wird vom Bezahler auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 6.00 Mt. in Zahlung genommen. Abrechnung 75 Bg. Worte besonders. Anzeigen für Luß; vormittags 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balz.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 168.

Donnerstag, den 20. Juli 1922

162. Jahrgang.

Tageschronik

Sein Fortschritt in der Moratoriumsfrage.
Ein Mitglied der R. V. D. als Organisator des Kampfes.
Große Reinigung in der preussischen Verwaltung.
Erregung und besorgniserregende Bemerkungen in Bayern wegen der Schulfrage.
Schlechte Lage in Polen wegen Vorstaus Ministerium.
Die Dager Konferenz brachte schließlich die Aussicht auf russische Zugeständnisse in der Entschädigungsfrage.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten noch diesen Herbst?

Der Reichspräsident hat wiederholt gebeten, die Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, sobald rechtliche und tatsächliche Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Nachdem nunmehr der deutsch verlebende Teil Deutschlands abgetrennt und geräumt ist, eruchte der Reichspräsident den Reichstanzler erneut um Überannahme der Wahl durch den Reichstag. Der Reichstanzler lehnt ab, da nach dem Gesetz der Reichstag vom Reichstag festgesetzt wird, die Frage mit den Parteiführern eingehend, diese waren einmütig der Auffassung, daß es unzulässig sei, den Reichstag vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen. Dagegen soll die Beschlußfassung des Reichstages hierüber alsbald nach seinem Zusammentritt im Oktober vorgenommen werden, so daß die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar stattfinden wird.

Die Moskauer R. V. D. und der Kathenamord.

Am 30. Juni wurde laut „B. T.“ vom Chef der Berliner Polizei mitgeteilt, daß es einem nach Stettin unter anderen Aufsehenskommando der Polizei gelungen sei, einem der Mitglieder an dem Ministerium, der Berliner Post befugt zu verhaften. Der Verhaftete war von Berlin nach Stettin geflohen, wo er festgenommen wurde.

In einer amtlichen Meldung der Berliner Polizei vom 14. Juni werden die in der Werdhache Kathenau Verhafteten aufgelistet. Unter 9 heißt es: als Teilnehmer der Kaufmann Berner Weg aus Berlin, der die Vermittlung der zur Unterstellung des Kraftwagens benutzten Garage besorgt hat.

Dieser Berner Weg muß also demnach eine ziemliche Rolle im Werdhache gespielt haben. Ueber diesen Berner Weg erfahren wir aus Kreisen ehemaliger Oberfliehkampfer, daß Berner Weg einflussreiches Mitglied der kommunistischen Partei sei, und zwar einer von denen, die bloß im großen Saufen mitlaufen, er sei Gründer der kommunistischen Ortsgruppe in Friedebühnen in Oberhiesleben. Diese Ortsgruppe betreibt die Anweisung Vordenborfs, daß Moskau im Kathenamord seine Hand im Spiele gehabt habe.

Rein Selbstmord Stern.

Von der Berliner politischen Polizei sind zur genaueren Aufklärung der Vorgänge auf Burg Saaleck einige Beamte entsandt worden. Nach ihrem Bericht steht fest, daß Stern nicht selbst erschossen hat, sondern vielmehr von Beamten der politischen Polizei erschossen worden ist, die, weil sie ihn durch die Wunden der Wunde bedroht haben, nach dem Fenster hinaufgeschossen. Eine Angel durchschlag die Schadeldecke des Stern, worauf dieser aufschreiend sofort verstorben ist. Das mag richtig so bestimmt haben, daß er die Waffe gegen sich selbst richtete.

Die Abteilung Ia der Berliner politischen Polizei ist eigenhändig damit beschäftigt, festzustellen, welchen Weg Stern und Fischer genommen haben, bevor sie auf die Waing Saaleck Unterlauf fanden. Es wurde festgestellt, daß sie unterwegs, nachdem sie Bismar verlassen hatten, zahlreich reiche Geldbesitzer gefunden haben, die sie mit Lebensmitteln und neuen Geldmitteln versorgten. Es ist auch bereits gelungen, festzustellen, in welchen Ortschaften sich Stern und Fischer zuletzt aufgehalten haben. Im Zusammenhang damit werden einige jetzt erfolgte Verhaftungen, weitere sieben Bemerkungen über die jedoch vorläufig noch stillschweigend beobachtet werden muß.

Dr. Stein, der Inhaber der Wohnung auf Burg Saaleck bestreitet jede Mitwisserschaft.

Die „Reinigung“ der Verwaltung.

Das Preussische Staatsministerium hat in seiner Sitzung am Dienstag beschloffen, den Regierungspräsidenten Dr. Koch in Trier zum kommissarischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu bestellen.

In der gleichen Sitzung wurde beschloffen, die folgenden Regierungspräsidenten aus dem allgemeinen politischen Grund in den zurücktretenden Ruhestand zu versetzen: von Gersdorff (Merseburg), von Schmeling (Stettin), von Groening (Coblenz), Freiherr von Dalmatow (Minden), von Heppel (Münster), Graf von Merseburg (Münster), Dr. Kallischer (Hildesheim). Ueber die Neuverteilung der erledigten Regierungsprä-

Frankreich bleibt hartnäckig.

Höchstens zwei Monate Moratorium?

Der „Temps“ erklärt zu der deutschen Forderung, daß eventuell ein kurzes Moratorium für ein oder höchstens zwei Monatszahlungen in Frage kommen könnte.

Die exorbitanten Forderungen des Garantiefomitees.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses in Berlin. Ueber die Verhandlungen mit der Garantiefommision erfährt das „Achtuhr-Abendblatt“ folgendes: Die Kommission ließ noch gestern von ihrer Abreise dem Reichstanzler Dr. Wirth einen Brief übergeben, in dem sie die Ergebnisse der Besprechungen zusammenfaßt, die sie während ihrer Anwesenheit in Berlin mit den Vertretern der deutschen Regierung hatte. In diesem Briefe ist auch jener genau durchgearbeitete Plan der geforderten Kontrollmaßnahmen enthalten, über den französische Zeitungen bereits vor einigen Tagen berichtet haben. Es muß bei diesem Schreiben allerdings hervorgehoben werden, daß die Maßnahmen, die in diesem Briefe gefordert werden, nicht als Sicherheiten für ein Moratorium, sondern als Kontrollmaßnahmen verlangt werden. Der Brief zählt diese Maßnahmen detailliert auf und zwar getrennt die Maßnahmen zur Enttarnung, die Kapitalflucht und hinsichtlich der Statistik.

Da der Brief der Kommission nur in französischer Text und noch nicht in deutscher Uebersetzung vorliegt, bedürfte der Reichstanzminister in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses lediglich auszusagen über die geforderten Maßnahmen. In der darauf folgenden Besprechung stellten sich die meisten Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses auf dem Standpunkt, daß eine richtige Erweiterung dieser schwerwiegenden Angelegenheiten nur stattfinden könne, wenn das Schreiben der Garantiefommision dem Ausschuß im Wortlaut bekannt sei.

Die Ansicht der Kommissionsmitglieder ging ganz überein, daß die

Reichsregierung diesen Forderungen ein energisches Nein entgegenzusetzen müsse.

Ein amerikanisches Schiedsgericht.

Weiter beschäftigt sich der „N. A.“ mit einem amerikanischen (angenichtslich nichtamtlichen) Vorschlage eines Schiedsgerichts zur Schlichtung aller Streitfragen aus dem Berliner Vertrag. Der Vorschlag soll ein Mitglied des höchsten amerikanischen Gerichtshofes führen. Dieser Vorschlag erscheint ziemlich möglich, denn Frankreich wird ihn vorläufig rundweg ablehnen!

Deutsch-französisches Meterabkommen.

Von antischer Stelle wird mitgeteilt: Das Wiesbadener Abkommen vom 6. Oktober 1921, das Doppel- und das Güter-Abkommen vom 15. März und 3. Juni 1922 werden nach einem Uebereinkommen der französischen und der deutschen Regierung vom 20. Juli angewendet. Vom 20. Juli ab gilt deshalb für die Reparationsleistungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr nach Maßgabe des Güter-Beihilfen-Abkommens vom 2. Juli. Ausgenommen vom freien Verkehr sind gewisse, in einer besonderen Liste zusammengestellte Waren, für die das Verfahren des Wiesbadener Abkommens gelten wird. Mit der Durchführung des letzteren wurde der Reichskommissar zur Ausführung von Ausbaurarbeiten in den zerstörten Gebieten beauftragt. Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bekanntmachungen erlassen, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Wie jetzt hat Frankreich diese Abkommen ebenfalls laboriert und den Wiederbau seiner zerstörten Gebiete dadurch vermindert.

denposten wird gemeldet: Anstelle des Oberpräsidenten von Marienwerder wird Oberpräsident Proste treten, der dem Zentrum angehört. Der Regierungsbezirk Merseburg ist, wie schon an anderer Stelle erwähnt, mit dem sozialdemokratischen Landrat Bergmann besetzt worden. In das Regierungspräsidium Hildesheim ist Ministerialrat von Halfern und in des Regierungspräsidium Stettin Oberregierungsrat Wörig berufen. Beide Regierungspräsidenten gehören der Deutschen Volkspartei an. Das Regierungspräsidium in Arnshausen dem demokratischen früheren Parlamentarier und Bürgermeister von Nordern Bergbau übertragen worden. Zum Präsidenten in Stolzenburg der zweite Delegierte der Rheinlandkommision Baintrecht berufen werden, der der sozialdemokratischen Partei angehört. Auch für die Regierungspräsi-

Die Demaskierung der Garantiefommision.

Das Garantiefomitee ist am Dienstag nach Paris abgereist. Ueber den Verlauf der bisherigen Verhandlungen verlautet nichts gutes. Es kommt der Sinn dieser Einrichtung immer klarer zu Tage. Das Garantiefomitee ist die Bildung der Militärkommisionen, deren Aufgabe im Wesentlichen als erfüllt angesehen werden kann. Das Garantiefomitee ist der Schlichter des gegen Deutschland gerichteten französisch-englischen Verhandlungsplanes. Es ist darüber festzustellen immer klarer, daß der Garantiefomitee die Erfüllungspolitik. Das Garantiefomitee verlangt die Behandlung aller deutschen Exportwaren als unter den Begriff der Kapitalflucht fallen, es verlangt fernerhin die Zulassung von Ententekontrollen bei jedem deutschen Finanzamt! Was der Sinn dieser Forderung ist, ergibt sich aus einem Auszug der in der „Berz. März. Ztg.“ erschienen ist, und von dem wir wissen, daß er aus einer sehr gut unterrichteten Quelle stammt. Daraus geht hervor, daß schon im Januar Verhandlungen zwischen der deutschen Kriegsstatistikommision und dem Garantiefomitee stattgefunden haben, deren Ergebnis die Kontrolle des deutschen Außenhandels durch die Entente war. Die „Berz. März. Ztg.“ veröffentlicht Auszüge aus authentischen Protokollen. Wir geben davon einen Abschnitt wieder:

„Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß das Komitee sich das Recht vorbehalten will, durch seinen Abgeordneten oder dessen Vertreter den Geschäftsbetrieb der deutschen Außenhandelsstelle zu prüfen. Sie darf in dieser Beziehung darauf hinweisen, daß die Außenhandelsstellen keine amtlichen Betriebe sind, sondern eine von den Vertretern des Außenhandels und den Interessenten verbundene Industrie geführte private Einrichtung darstellen. Aus diesem Grunde bittet die deutsche Regierung das Garantiefomitee, die von der Außenhandelsstelle gewünschten Auskünfte und Unterlagen zur Nachprüfung der Richtigkeit der Ausfuhrwerte von dem Reichskommissar für Ausfuhr- und Einfuhrverpflichtungen (dem die Oberaufsicht über den Geschäftsbetrieb der Außenhandelsstellen zusteht) durch Vermittlung des Statistischen Reichsamtes einzuholen.“

Diese Probe genügt. Es gibt sich durchaus, daß die Entente imstande sein würde, jeden Warenballen, jedes Kollo, und wiederum jede Rechnung und jede Unterlage einzufordern und nachzuprüfen. Eine Spionage allergrößten Stiles wäre das Ergebnis solcher Abmachungen. Es heißt, es wäre indessen bei den dieser Tage besprochenen Verhandlungen mit dem Garantiefomitee eine Einigung erzielt worden. Welcher Art diese Einigung ist, ist noch nicht bekannt worden. Aber auf keinen Fall können wir damit rechnen, daß nun etwa eine Besserung unserer außenpolitischen Lage eingetreten wäre, weil es vielleicht gelungen ist, eine Außenhandelskontrolle in dieser Form abzuwehren, wenn gleichzeitig die Forderung auf Zulassung von Ententekontrollen bei den Finanzämtern gestellt wird.

Alle diese Einzelheiten, die Sonderforderungen sind Teile eines umfassenden französisch-englischen Planes. Die von uns stets als ein Versuch mit untauglichen Mitteln bekämpfte Ermittlungspolitik hatte als politischer Inhalt den Gedanken, durch den Nachweis der Zahlungsfähigkeit Deutschlands die Reparationsleistungen ab absurdum zu führen. Die französische Politik steht auf dem Standpunkt, daß es keinesfalls zuzulassen ist, daß Deutschland eine zahlungsunfähig ist, sondern nur, daß der deutsche Staat infolge eines dieser Ermittlungspolitik keinen bösen Willen beweisen habe, daß er seine unterzeichneten Verpflichtungen nicht erfüllt habe, und daß nunmehr die Zeit gekommen wäre, diesen Teilstand der Nichterfüllung ausdrücklich festzustellen und zum Anlaß für weitere Aktionen zu nehmen. Wir stehen auf genau dem gleichen Standpunkte wie vor Jahresfrist. Damals ließ es, die Erfüllungspolitik wird die Welt von unserem erbliehen Willen überzeugen, wir brauchen nur unser erbliehen Bestreben zu zeigen, um zu finden, daß man die tatsächliche Zahlungsmöglichkeit erkennen würde.

Nichts dergleichen ist der Fall.

Man behauptet vielmehr, daß die Erfüllungspolitik nichts weiter war als eine Schikane, ein groß angelegtes Manöver zum Betrug der französischen Nation. Wohl ist es wahr, daß der Staat arm ist, aber die Nation ist reich und das ist ein Widerspruch, der nunmehr zu lösen ist durch Kapitalausfuhrkontrolle, durch Finanzkontrolle, und schließlich durch Wiederherstellung des unumschränkten Einmährrechtes der Franzosen. Man wird von diesem Recht nicht sofort Gebrauch machen, aber man wird es sich diesmal verbriefen lassen, und dann die Gelegenheit ergreifen, welche die größten Erfolgsmöglichkeiten bietet. Das ist unsere Lage. Sie ist nicht beneidenswert, sie ist umso gefährlicher als wieder einmal die Nation

in drei Lager gespalten ist, dank der an den Nord-Rhein-lands anschließenden Parteidemagogie, die immer noch kein Ende erreicht hat. Aber es ist notwendig, denn es, daß die Nation aufmerksamer, daß die Wahrheit endlich be- griffen wird, der Widerstand nicht rechts oder links, der Feind steht am Rhein und dieser Feind ist nicht zu überlegen mit den Kämpfen zwischen Parteimeinungen, sondern offen durch den einheitlichen Willen zum Wider- stand, durch den Entschluß, eine nationale Einheitsfront zu bilden, unbeschadet der weltanschaulichen oder poli- tisch-sozialistischen Meinungsverschiedenheiten. Wenn Gefahr droht, daß das Haus eintritt, dann ist eine Erörterung darüber, in welcher Farbe Blut und Risse gemalt werden sollen, zwecklos.

den Aachen, Trier, und Donau-Rhein sind die neuen Re- gierungspräsidenten schon vorgesehen. Sie werden ebenso wie der neue Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Heine dem Zentrum angehören. Demnach soll auch der Westpreußen- präsident von Schneidemühl b. Bülow in den einflussreichen Ruhestand versetzt werden. Das Innenministerium will die Entschlüsselung des Landtages, wonach die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur aus denjenigen Republikanismen übertragen werden sollen, die sich dem Zentrum angeschlossen haben, durch den Reichstag auf die Befreiung einer grö- ßeren Anzahl von Landratsämtern in Preußen beziehen.

Das geistlose „Gewissen“

Der Polizeipräsident von Berlin hat die von Eduard Stadler herausgegebene Zeitschrift „Das Gewissen“ auf jedes Monate verboten.

Ein Arbeitsplan der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Am Mittwoch vormittag trafen auf eine Einladung des Zentrumsvorstandes die bürgerlichen Regierungsmitglieder und die Deutsche Volkspartei im Reichstags- und einer Sitzung zusammen, um gemeinsam einen Arbeitsplan für die geplante Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Mitglieder, daß der Plan einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mit dem Aus- schluß der Sozialdemokraten, die sich dem Zentrum angeschlossen haben, demnach unzutreffend. Die Beratungen führten, wie wir hören, zur Festlegung einer gemeinschaftlichen Arbeitspro- gramms, die durch Veröffentlichung einer gemeinschaftlichen Erklärung der genannten Parteien bekräftigt werden soll. Wie verstanden wurde, sind Verhandlungen in dem Sinne geführt, daß die Arbeitsgemeinschaft keinen Reichstagsbesitzungen gegen die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft schaffen, sondern vielmehr dazu beitragen soll, der deutschen Wirtschaft im Innern und nach außen Festigkeit und Stetigkeit zu verschaffen. An den bisherigen Verhandlungen haben Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokratie teilgenommen. Der Bayerische Volkspartei wird der Zutritt zur Arbeitsgemeinschaft offengehalten. Diese Partei hält demnach ihren Parteitag ab, wo die Ent- scheidung darüber fallen wird, ob Gemeinheit besteht, sich an der Arbeitsgemeinschaft zu beteiligen oder nicht.

„Das Verbleiben des Abg. Henning in der deutschnationalen Fraktion unerwünscht“

Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Henning hatte bei der Parteileitung der Deutschnationalen Volks- partei die Einsetzung eines Untersuchungskomitees bean- tragen, um gewisse Abg. Henning für längere Zeit er- höhen Verbände prüfen zu lassen. Dieser Untersuchungs- ausschuss ist nun zu dem Ergebnis gelangt, daß gegen den Abgeordneten Henning nichts vorliegt, was ihn straf- rechtlich befallen oder was ehrenrührig erscheint, daß aber die Art seiner Verhandlungen dem Interesse der Partei nicht entspricht. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei haben dar- aufhin die Erklärung abgegeben, daß ein weiteres Ver- bleiben des Abgeordneten Henning in der deutschnationalen Fraktion unerwünscht erscheint.

Dr. Rünger aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Deutschnationalen Abg. Professor Dr. Rünger in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten seine Austritt aus der deutschnationalen Fraktion offiziell mitgeteilt. Er soll sich mit der Zustimmung der Partei zur deutschböllischen Frage nicht befremden können.

Bayerische Reichstagsfraktion

Die Morgenblätter der Bayerischen Volkspartei sahen nach der Annahme der Reichstagsfraktion noch nichts. Die demokratischen Mitglieder „Neuen Nachrichten“ dagegen schreiben, Bayern habe eine Mission in der deut- schen Partei, Reichstags und Reichstagsfraktion. Das Reich muß uns doch bleiben. Die bayerische Regierung werde dafür sorgen, daß der Wille der Reichstagsfraktion dem Reich nicht größeren Schaden zufüge, als seine An- nahme den bundesstaatlichen Rechten Wirkung verleihe. Das Vertrauen des deutschen Volkes an Bayern solle nicht getrübt werden. Bayern habe eine deutsche Mission. Die auch in der Strategie erdbergisch orientierte katholische „Münchener Volkszeitung“, deren Ein- fluß in ganzen katholischen Prenten groß ist, erklärt, die Erörterung in Bayern gegen diese Gesetzmäßigkeit sei so- gar wie noch nie seit dem Scheitern des Reiches. Die An- nahme des Gesetzes durch die Bayerische Volkspartei wäre ihr Tod.

Zu dem abgelaufenen Ministerrat

Schreiben die Mitglieder „Neuen Nachrichten“. Es ist mög- lich, daß das Schreiben nach den Absichten für das weitere Verhalten der Regierung und die Durchführung der bayerischen Politik heute zu den wichtigsten für die So- zialisationsparteien im Landtage vorgelegt werden sollen. Da die Parteileitungen aber erst am Freitag in München tagen, kann keinerlei endgültige Beschlussfassung vor Schluß der Woche erfolgen, denn es ist anzunehmen, daß bei der Wichtigkeit der Entscheidungen von den Fraktionen Beschlüsse gefaßt werden, ohne daß zunächst die Parteiauslässe ge- hört worden wären.

Wachsender Widerstand gegen die Schutzgesetz.

Die bayerische Regierung erhält aus dem Lande fort- gesetzte Kundgebungen, um sie in ihrem reichsmäßigen Wider- stand gegen die beschlossenen Reichstagsgesetze zu bekämpfen. Die Landtagskommission wird ernstlich erzwungen. Die Wahlen werden nur für die nächsten Reichstagsperiode, die die ge- waltige Heberhebung bringen, die man bei der Be- völkerung eines Landes erwartet, dessen Bevölkerung zum größten Teile monarchistisch geformt ist. Der jetzt noch bestehende Landtag zählt bereits 110 Bürgerliche gegen 48 Sozialdemokraten.

Die Wähler bayerischer Truppen

von amnestierten Hebungslagen in ihren Parzellen soll völlig planmäßig erfolgen und keine besondere Veranlassung haben.

Erhöhung der Beamtengehälter

noch während der Reichstagsferien. Die rasche Selbstentwertung macht es nötig, daß auch eine neuerliche Angleichung der Beamtengehälter und Löhne der Staatsarbeiter erfolgt. Die Beamtengehälter sind zuletzt im Mai erhöht worden. Der Reichstag konnte sich in seiner am 18. Juli geschlossenen Sommertagung mit der Ange- legenheit nicht mehr befassen. In einer Besprechung mit den Vertretern der Reichstagsfraktion erklärte Finanzminister Dr. Hermes aber, daß die von ihm bereits in Aussicht gestellte durchgreifende Erhöhung der Gehälter während der Ver- tagung des Reichstages durchgeführt werden solle im Einver- ständnis mit dem Heberhebungsausschuss, der den Reichstag während dessen Vertagung vertritt. Ueber das Ausmaß der in Aussicht genommenen Erhöhungen der Beamtengehälter wird sich die Regierung erst in der für später anberaumten Verhandlung mit den Beamtenorganisationen äußern.

Der Selbstbetrag der Reichsbahnen.

„Nur“ 6,9 Milliarden im Jahre 1921. Der Abschluß des ordentlichen Haushalts der Reichs- bahnenverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 liegt vor. Er ergibt eine Einnahme von 15,6 Milliarden und eine Ausgabe von rund 12 Milliarden. Der Selbstbetrag beläuft sich mithin auf 6,9 Milliarden, das ist gegenüber dem Haushaltsantrag 1921 von 10,8 Milliarden eine Verbesserung um 3,9 Milliarden und gegen den Selbstbetrag im Rechnungsjahr 1920 mit 15,6 Milliarden eine Verbesserung um 8,7 Milliarden Markt. Der Selbstbetrag ist also geringer als nach der vom Reichsverkehrsminister bekanntgegebenen Schätzung. Die Verbesserung des Ergebnisses ist einerseits der Tarifserhöhungen, der günstigen Verkehrsverhältnisse und der besseren Bewirtschaftung aller sonstigen Wirtschaftszweige, andererseits der Erträge auf dem Gebiete der Ausgabe- wirtschaft zu danken.

Demokratie gegen Korruption.

Auf dem Theaterplatz in Warschau am Dienstag nachmittags 2 Uhr eine große Demonstration gegen Korruption statt, die von den politischen Arbeiterparteien veranstaltet worden war. Der riesige Platz war mit einer in Warschau nie gesehenen Menschenmenge gefüllt. Unter den Demon- stranten bemerkte man zahlreiche Abgeordnete der Duma und den ehemaligen Reichspräsidenten. Die Demonstration waren 33 Organisationen bei der Demonstration vertreten. Zu Unzufriedenheit ist es nicht gekommen.

Wladislaw kündigt seinen Rücktritt an.

Warschau, 20. Juli. Der vom Hauptauschuss des Sejm zum Ministerpräsidenten designierte Wladislaw erschien gestern mittag beim Staatschef in Warschau. Am Mittwoch hat Abgeordneter Korotki sich zu einer Audienz beim Staatschef angemeldet und ihm die Akten des von ihm vorgeschlagenen Kabinetts vorgelegt. In einer kurzen Aussprache berief der Staatschef sich auf das am 14. Juli an den Sejmpräsidenten gerichtete Schreiben, in dem er erklärt, er könne mit Korotki an der Bildung eines Kabinetts nicht mitwirken, und kündigte seinen Rücktritt an. Bezüglich seines weiteren Vorgehens verbiess der Staatschef Korotki an seinen Auftraggeber.

Deutsche Wirtschaft.

Der Eisenbahnbetrieb in Ostpolen-Dieselfleien funk- tioniert, obwohl sich der Liefermangel durch die Polen schon einige Zeit verzeichnen ist, immer schlechter. Wagenmangel und das Fehlen der Ersatzteile verhindern den normalen Hauptverkehr und die Folge davon ist, daß die gebildete Kohle nicht abtransportiert werden kann und sich zu unge- heuren Mengen anhäuft.

„Polnische“ Kohle für Deutschland.

Wie wir hören, hat die polnische Regierung die Aus- fuhrbeschränkung für Kohlen mit Wirkung vom 15. Juli auf drei Monate aufgehoben. Angesichts der ungeheuren Kohlenknappheit könnte dieser Beschluß von besonderer Be- deutung werden, wenn der Abtransport der polnischen Kohle sicher gestellt werden könnte.

Das Ende der Haager Konferenz.

In der gestrigen Sitzung der nicht-russischen Kom- mission mit der russischen Abordnung erklärte Wladislaw, diese sei noch nicht imstande neue verbindliche Vorschläge zu machen. Er unterbreitete aber persönlich folgende Vor- schläge:

1. daß die Parteien die russische Regierung anerkennen;
2. den tatsächlichen Schaden der Ausländer zu leisten für Privatakt, welche von der Sowjetregierung nationalisiert worden sind, d. h., daß die Zahlungsbedingungen für die Parteien und die Schadenersatzbedingungen entweder durch Konventionen oder aber auf andere Weise von der russischen Regierung an die betreffenden damaligen Inhaber zur Zahlung überwiehen werden und zwar innerhalb einer Zeit von zwei Jahren.

Bevor weiterverhandelt wird, soll nun die russische Regierung gefragt werden, ob sie geneigt sei, 1. die Schäden anzuerkennen, die die russische Regierung oder ihre Vor- gänger an Angehörige ausländischer Staaten zu bezahlen habe; 2. ob sie bereit ist, diese Frage den ausländischen Besit- zern des nationalisierten Eigentums gegenüber schon jetzt fruchtlos zu erledigen. Nach kurzer Aussprache, bei der Wladislaw erklärte, daß er etwa vier bis sieben Tage brauche, um mit seiner Regierung zu beraten, wurde die Sitzung auf- gehoben. Für den Nachmittag wurde eine Beratung der nicht-russischen Kommission über den Vorschlag Wladislaw ein- geleitet, in der einstimmig beschlossen wurde, vorläufig die Tätigkeit zu beenden in der Hoffnung, unter günstigen Umständen am Grund eines verbindlicher verbindlicher Vor- schläge weiter verhandeln zu können.

Aus Stadt und Umgebung

Regierungspräsident von Gersdorff zur Disposition gestellt

Was schon lange gemeint wurde, ist nunmehr — bezeichnender Weise unmittelbar nach Schluß des Landtages und Reichstags — zur Tatsache geworden. Regierungs- präsident von Gersdorff hat seine Entlassung erhalten bezug. In der Disposition gestellt. An seiner Stelle ist der mehrheitssozialistische Landrat Bergmann als C. abge- wählt. Ueber die Gründe dieses sachtlich völlig unmotivierten Wechsels (Präsident von Gersdorff hat sein Amt vor wie nach der Revolution stets vorbildlich und ohne irgendwelche parteipolitische Affären geführt und alle Bevölkerungsstiege er- kennen dies unumwunden an) brauchen wir uns nicht zu

verbreiten. Sie ergeben sich aus der politischen Situation von selbst. Zweifellos wird das Scheiden des Herrn von Gers- dorff selbst sowohl wie das seiner Gemahlin von hier all- seitig aus lebhaftester Bedauer werden. Dienlich wie außer- dienlich von großer Zuverlässigkeit, pflichttreu und ge- wisshafte im Amt, ein gerechter und wohlwollender Vor- gesetzter, abhold jedem formalistischen Bürokratismus hat er sich beim Publikum ebenso wie bei seinen Beamten allgemein Achtung und Anerkennung gewonnen. Seine Gemahlin wirkte als langjährige Vorsitzende des vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Stadt, hat allen charakteristischen Zügen während und außerhalb des Krieges die lebhafteste und er- folgreichste Förderung zuteil werden lassen, jedoch auch die Ähren und das Andenken, das sie hinterließ, als ein reich gelegnetes anerkannt werden muß.

Der Nachfolger des Herrn von Gersdorff wird vielleicht Mühe haben, das allseitige Vertrauen, das dieser in reichem Maße genoss, auf sich zu übertragen. Wir wollen gern hoffen, daß auch er betrieht sein wird, durch Gerechtigkeit und unparteiisches Wohlwollen gegenüber allen Kreisen der Be- völkerung und der Beamenschaft seine Stellung zu einer ebenso angesehenen und würdig anerkannt zu machen, wie Herr von Gersdorff sie sich zu gestalten gewohnt hat.

Der Werkmeister habe ich feigeheit, daß Herr von Gersdorff bis heute Vormittag noch ohne amtliche Kenntnis seiner Entlassung war und auch Oberpräsident Höring davon völlig überrascht worden sein soll.

Sommerfest des Bürgervereins.

Das unleidliche Wetter, das seit nunmehr acht Tagen uns Regen und Wind in reicher Abwechslung beschert, beschloß auch gestern Abend das hier festliche Sommer- fest. Aus dem geplanten Gartenfest, Anzug mit Aekeln, Feuerwerk konnte natürlich nichts werden, trotzdem war die Stimmung ungetrübt unter der Jubelstimmung, die sich vom Regen nicht hatte abhalten lassen zu erfassen. Nach mehreren Vortragsstunden der aus Mitgliedern des hiesigen Pfälzerkameradschaftsverein gebildeten Kapelle lang der Männerchor des Vereins einige mehrstimmige Lieder, die reicher Beifall fanden. Zwei Künstler aus dem Schö- nenbergklub verließen durch verschiedene hitzige Beiträge die Stimmung des Ganges etwas zu heben. Einige flotte Tänze hielten dann die Erschienenen noch bis zu vorgerückter Stunde beisammen, so daß der Abend im ganzen trotz aller mißlichen Umstände doch in guter Erinnerung bleiben wird.

Dreier Diebstahl durch Schaffner.

Am hellen Tage wurden kürzlich der Kolonialwaren- händlerin Banke in der Delgrube hier 2000 Mark ge- stohlen. Kinder, die des stieren in dem Geschäft zum anderen Gegenständen. Die Kinder können noch bis Dienst- tag, den 15. August 1922 mittags 12 Uhr einlofen oder er- neuert werden. Einmalige Leberhilfe werden innerhalb Jah- resfrist in der Kammerkasse ausbezahlt.

158. Auktion der jüdischen Handeleinrichtung.

Mittwoch, den 16. August 1922 vorm. 9 Uhr. Zur Versteigerung gelangen die nicht eingetragenen Bücher Nr. 12.574 bis 12.578, bestehend aus 10 Bänden, die von dem Versteigerer und anderen Gegenständen. Die Bücher können noch bis Dienst- tag, den 15. August 1922 mittags 12 Uhr einlofen oder er- neuert werden. Einmalige Leberhilfe werden innerhalb Jah- resfrist in der Kammerkasse ausbezahlt.

Versteigerung von Immobilien.

In diesen Regentagen ist am meisten die Jugend zu be- dauern, die doch von den Ferien eigentlich so gut wie nichts hat. In der Sommerferien, auf dem Lande oder an der See, gibt man ein Fest, fährt hinaus in den lichte herab- rielenden Landregen und findet, was das den Tag hat. Was ist zu einem die schönste Umgebung, der herrlichste Wald, das wildwogende Meer, wenn alles getrieht wird durch einen Regenstreich. Da kann man verweilen. Gänge dauern die Ferien nicht mehr, und wenn es mit dem Wetter nicht halten sollte, dann kann man den nächsten Ferien- freizeiten berechnen. Willst du nicht, so frage den Regen zu drücken, damit nach dem Regen prallere Sommerferien folgen.

Das Ende der Germaniamare.

Anfolge der häufigen Preisveränderungen der letzten Jahre und der Heberhebung der Reichsbahnen ist es nicht möglich gewesen, die jeweils erforderlichen neuen Marken- werte stets rechtzeitig herauszugeben: einige Werte der Ger- maniamare haben daher ausstillende in Verkehr geblieben werden müssen. Der Verkauf der noch vorhandenen Germa- niamare, es handelt sich um die Hauptsumme von 1000 zu 75 Pfennig, 1/4 Mark und 1/2 Mark, wird nunmehr mit Ablauf des Monats September bei der Postanstalt ein- eingekauft werden. Sämtliche Germaniamare werden mit dem 31. Oktober d. J. außer Kraft. In zu haben des Substitut besterhandelt als Beamten bis zu diesem Tage gegen andere Postwertzeichen zum Nennwert umgetauscht werden.

Erhöhung der Fahrpreise der Müllwagen.

Wie die Reichsregierung überlandbahnen-Aktiengesellschaft mitteilt, hat am 23. Juli erhöht. Die neuen Preise sind an den Hauptstationen und in den Wagen veröffentlicht.

Franken Volkspartei.

Die Laufbahn der Beamten der Reichspost und Tele- graphenverwaltung ist neu geordnet worden. Alle Be- amten können sich durch Abgabe von den Laufbahnen in die höheren Beamtengruppen einreihen. Selbst die weiblichen Beamten und die des unteren Dienstes können Dienstver- träge und höherer Poststellen werden. Für die höhere Laufbahn des Postdienstes werden die Beamten, für den Tele- graphen- und Fernsprechnetz-Dienstleistungen als Post- referendar eingestuft. Nach drei Jahren werden sie zur Postassistentenprüfung zugelassen. Für den gehobenen mittleren Dienst wird künftig das Reifezeugnis für die Unter- prima gefordert. Die Kandidaten werden als Subalternen nach drei Jahren zur Postassistentenprüfung zugelassen. Die Beamten des Substitut besterhandelt als Beamten bis zu diesem Tage gegen andere Postwertzeichen zum Nennwert umgetauscht werden.

Das Hebergewicht des württembergischen Reichstags.

nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919. Die Ergebnisse der ersten großen Volkszählung nach dem Kriege vom 8. Oktober 1919 liegen jetzt vollständig vor. Sie weisen eine starke Verminderung des männlichen und eine überaus starke Vermehrung des weiblichen Geschlechts gegenüber der letzten großen Volkszählung vor dem Kriege, am 1. Dezember 1910. Eine Zunahme des

Beilage zu Nr. 168 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 20. Juli 1922

Die Steigerung der Eisenbahntarife.

Die Finanzen der Reichseisenbahn sind heruntergewirtschaftet, die „Haben-Seite“ weist ein gähnendes Defizit auf, das von Monat zu Monat mit einer Erhöhung der Tarifsätze gemildert werden soll und von Monat zu Monat größer wird.

Besonders die Eisenbahngütertarife sind beispielsweise innerhalb eines Jahres, seit April 1921 siebenmal erhöht worden, oder seit Kriegsbeginn 14 mal. Das spricht Bände, wenn man bedenkt, welche wichtige Rolle der Eisenbahn in unserer komplizierten Wirtschaft zukommt, und wie absehbend ein hoher Tarif, wie hemmend er auf den Warenverkehr wirken muß. Nimmt man den Friedensfuß von 100 an, so hat sich für die Strecke Essen-Magdeburg zum Beispiel der Tarifsatz für Steinkohle auf 5793 für den 1. Juni 1922 erhöht, für den 1. Juli ist er erneut gestiegen, für Magdeburg sogar auf 18 956, für Kartoffeln endlich — auf der kurzen Strecke Braunschweig-Magdeburg auf 5771! Es besteht für die Gesamtanhebung der einzelnen Tariffußsätze keine genaue Statistik, so daß man sich nur in Schätzungsfragen bewegen kann. Am 1. August 1917 betrug der Tarif gegen einen Friedensfuß von 100 erst 107, am 1. April 1921 schon 1123 und am 1. Juli 1922 endlich 7247! Heute betragen die Sätze der Gültartarife das 7fache des Friedensfußes. Diese Durchschnittszifferung hat in einzelnen eine verschleuderte Preiserhöhung als Grundlage, deren Ursache in der abweichenden Steigerung der einzelnen Tariffußsätze und den Ausnahmetarifen liegt. Die Ausnahmetarife im Kriege von der Speeresverwaltung für Kriegsgüter eingeführt, sind nach dem Kriege fast verschwunden. Heute bestehen sie nur noch für Steinkohle, Braunkohle, und Eisenerz, der Rattenkornzucker Reparationen macht sich auch hier bemerkbar. Andere wichtige Güter, die früher zu Ausnahmetarifen gefahren wurden, sind heute sogar in der höchsten Tariffußklasse (so Petroleum, Baumwolle und Wolle, Derringe und Schiffsmaschinen. In nicht so hohem Maße wie die Gültartarife sind die Personentarife gestiegen. Während des ganzen Krieges fand nur eine Erhöhung statt, am 1. April 1918. Diese überließ den Friedensfuß aber nur um wenige Prozente. Vom 1. April 1919 ab aber wurde mit der zunehmenden Defizitintensität der neuen Reichsbahn die Erhöhung chronisch. Sie ist jetzt soweit gestiegen, daß sie als ein entsetzliches Verkehrshindernis anzusehen ist, und dadurch ihren Zweck des Defizitabbaus völlig verfehlt! Man hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht, den in diesem Falle das zahlungsunfähige Publikum darstellte. Entsprechend den verschiedenen Klassen, liegen die Sätze auch verschieden. Bei den höheren Klassen schneller, bei den übrigen langsamer. Am 1. Juli 1921 war bei Annahme eines Friedensfußes etwa 100 der Tarif für die dritte und vierte Klasse auf 650, für die zweite Klasse auf 722, für die erste Klasse auf 855 gestiegen. Heute haben die Sätze die schwindende Höhe von 1480 für die dritte und vierte Klasse, von 1901

für die erste Klasse erreicht. Einer 15fachen Erhöhung für die Volksklasse steht eine 19fache Steigerung für die besitzende Klasse gegenüber.

Ein Trost in all dem Unglück ist es nur, daß es anderen Staaten nicht viel besser geht. So haben die Schweizer Bundesbahnen zum Beispiel ihren Etat für das Jahr 1921 mit einem Reibetrag von 72,5 Millionen Frank, zusätzlich des vorhandenen Defizits mit 165,2 Millionen Frank Defizit abgeschlossen. Der Verkehrserlösgang beträgt für 1921 im Güterverkehr 34 v. H., im Personenverkehr 6,3 vom Hundert. Man hat das Personal vermindert, man hat seine sonstigen Ausgaben beschränkt, hartnäckig ökonomisiert. Die Schweiz hat Ausgleichsfaktoren in der Elektrifizierung ihrer Strecken, die jetzt emig fortgeschritten. Ende 1920 waren insgesamt 1806 Kilometer elektrifiziert, der Betrieb wird sich im laufenden Geschäftsjahre bemerkbar machen. Deutschland hat diese Mittelquellen nicht, sein Defizit wird bleiben, solange die Wirtschaft weitergeht. Amerika hatte vor zwei Jahren noch dieselben Eisenbahntarife wie wir sie heute haben. Heute steht ein Mann an der Spitze des amerikanischen Eisenbahnwesens, der aus eigener Initiative das Defizit in ein Plus umgewandelt hat, der Privatmann Henry Ford. Wird man sich in Deutschland entschließen können, dem Beispiele der USA zu folgen? Man äßt ja so gern die republikanischen und sozialen Einrichtungen der Jantees nach!

Politische Rundschau

Aus dem dunkelsten Deutschland.

Alles ist schon dagewesen. Die Gegenwart ist wiederkehrende Vergangenheit. Ereignisse aus den Jahren der dunkelsten Reaktion, aus den Jahren 1818 bis 1840 kehren wieder. Metternich reditibus! — Das dunkelste Deutschland ist zur Zeit noch Thüringen. Dort verbot man im vorigen Jahre i. V. dem Gesetz gegenüber — den Gausigentag des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und dort verbietet man jetzt — kurzgehand — alle Versammlungen, sogar interne Vereinsversammlungen. Der Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband — bekanntlich eine Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgesellen und mit der Partei gleichen Namens in keiner Weise identisch — hat, ihm doch wenigstens die üblichen Ortsgruppen-Sitzungen einmal oder zweimal im Monat zu gestatten. Die Regierung antwortete, daß der Verband, ehe sie zu diesem Geschäft Stellung nehmen könne, die Mitgliederliste des Bundes Thüringen einreichen möge. — Was will die Regierung mit einer Zusammenstellung von etwa 10 000 Namen? Welche Verordnung, welcher Paragraf, welches Gesetz berechtigt sie zu einer solchen Forderung? Der Jar regierte i. Jt. wie manche meinen, nach bloßer Willkür! Haben wir nicht eine Verfassung? Haben wir nicht mehr Gesetze, als irgend ein anderes Volk? Ist daneben noch Raum für willkürliche Forderungen? Die Thüringische Regierung dürfte sich in Wirklichkeit für die Namen-Zu-

ammenstellung kaum interessieren. Wer interessiert sich dann aber für die Mitgliederliste? Gibt die Sozialdemokratie? Gibt der sozialistische Zentralverband der Angestellten? Metternich geht um!

Vorgehen gegen Paragr. 105 des Strafgesetzbuches.

Die Korrespondenz der deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht einen Schlußwechsel zwischen dem Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion Bergt und dem Generalkaassanwalt beim Landgericht I in Berlin, der sich auf die Vorgänge in der Reichstagsfraktion am Tage der Ermordung Rathenaus bezieht. Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion beantragt die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die unabhängigen und kommunalpolitischen Abgeordneten, die Hesselich mit dem Auftr. Der Wähler muß raus! aus dem Saale drängen wollten, wegen Vergehens gegen Paragr. 105 des Strafgesetzbuches (Gewalttätige Entfremdung von Mitgliedern aus einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches) und benennt als Täter die Abgeordneten Hölten, Kemmele, Dr. Hofes, Moenen, Felsch und Jabel. Da der Generalkaassanwalt wegen der Immunität der Abgeordneten die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ablehnte, richtete Dr. Bergt an die Staatsanwaltschaft das ausdrückliche Ersuchen, beim Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung der genannten Abgeordneten einzuholen.

Aus der Beamtenbewegung.

Am 18. Juni, dem Tage vor dem Beginn des sozialistischen Gewerkschaftstages in Leipzig, haben sich bekanntlich 13 große Verbände vom Deutschen Beamtenbunde losgesagt und als Allgemeiner Deutscher Beamtenbund dem sozialistischen Allgemeinen Gewerkschaftsbunde angeschlossen. Der Antreiber bei diesem Ueberlaufen ins sozialistische Lager war die überabditale Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten, dieselbe, die von der gesamten Öffentlichkeit wie auch von den Gewerkschaften aller Richtungen schärfstens verurteilt Eisenbahnerfreist in Februar auf dem Geissen hat. Es muß geradezu als ein Verhängnis angesehen werden, daß diese überabditale Gewerkschaft die Politik des neuen sozialistischen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes maßgeblich bestimmt. Der sozialistische Beamtenbund nimmt sich in Anspruch, parteipolitisch neutral zu sein, ist es aber nicht. Ebenso wenig wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird er sich von einer engen Verbindung mit der politischen Sozialdemokratie freihalten können. Schon ein flüchtiger Blick auf seine vorläufige Satzung läßt das deutlich erkennen. Es heißt nämlich in diesen vorläufigen Satzungen: „Der Bund und die ihm angeschlossenen Verbände haben auf dem Boden des uneingeschränkten Koalitionsrechtes, das auch die Arbeitsverweigerung nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten in sich schließt.“ Damit wird das Berufsbeamtenamt grundtätig aufgehoben. Das entspricht

durchaus der bisherigen Haltung der politischen Sozialdemokratie; es bedeutet, daß der sozialistische Beamtentum in die Aufgaben der sozialdemokratischen Parteien tritt. Auch bei den die Volkswirtschaft schwer schädigenden Demonstrationen aus Anlaß der Ermordung unseres Außenministers Walter Rathenau hat sich der sozialistische Beamtentum vorbehaltlos dem Vorgehen der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften angeschlossen. Seine vorgeschützte parteipolitische Neutralität ist also eine papierne Erklärung ohne jeden Wirklichkeitswert. Auf der Gegenseite steht der dem Deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossene Gesamterverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften der den Standpunkt vertritt, daß für alle Kategorien der Beamten (Sonderbeamten wie Verkehrsbeamten) das Berufsbeamtentum grundsätzlich erhalten bleiben muß.

Der Verfall des (neutralen) Deutschen Beamtentums wird weiter fortgeschritten, und je nach ihrer staatspolitischen Gesinnung und ihrer Auffassung vom Wesen des Beamtentums werden die Beamten sich dem sozialistischen Allgemeinen Deutschen Beamtentum oder dem auf geistlich-nationaler Grundlage stehenden Gesamterverbande anschließen. Es wolle hier nicht als hier die gleiche gesinnungsmäßige Gruppierung, die bei den Arbeitern und Angestellten schon seit langem vorhanden ist.

Bunte Zeitung

Ein neuer Flugzeugtyp.

Französische Zeitungen berichten über eine sensationelle Neuerung für Flugapparate. Ein englischer Ingenieur, Meid, hat ein Flugzeug konstruiert, dessen Aufsteiger sofort nach dem Abstieg vom Erdboden im Innern des Apparates verschwindet, wodurch der Widerstand der Luft erheblich verringert wird. Das Flugzeug Meids ist mit einem Motor von 400 Pferdekraft ausgestattet und kann eine Geschwindigkeit von 385 Kilometern in der Stunde erreichen.

Versicherung gegen Regen.

Die Versicherung von Ferienreisenden und Ausflüglern gegen Regen, die zuerst in England aufkam, ist in den Vereinigten Staaten zur großen Mode geworden. Es gibt als eine Art Sport, sich für einen bestimmten Tag, an dem man etwas vor hat, gegen Regen zu versichern, und muß man zu Hause sitzen, hat man doch wenigstens etwas verdient. Eine Summe von mehr als einer halben Million Dollar mußten die Regen-Versicherungsgesellschaften im Staat New York an diejenigen zahlen, die sich für den „Independence Day“ den Nationalfeiertag vom 4. Juli, versichert hatten. An diesem Tage regnete es ununterbrochen, und diese Regen brachte vielen Neuborkern Geld ein, wenn er sie auch freilich von den ersehnten Ausflügen und Sportplätzen fernhielt. Es regnet in diesem Sommer sehr viel in den Vereinigten Staaten, und deshalb machen die Versicherungsgesellschaften ein sehr schlechtes Geschäft. Die Versicherung gegen Regen ist in die meisten Städte gedrungen; nicht nur Sportflüßler benutzen diese Art, sich gegen schlechtes Wetter zu schützen, nicht nur große Hotels suchen sich auf diese Weise gegen Ausfälle zu sichern, sondern auch die Straßenverkäufer nehmen eine Police gegen Regen und verdienen auf diese Weise nicht weniger, als wenn sie ihre Ware selbsthalten könnten.

Groß-Staffellauf „Rund um Merleburg“.

Werbeveranstaltung am 23. Juli.

Die letzten Vorbereitungen zu der großartigen Werbeveranstaltung des Sportvereins 99-Merleburg am nächsten Sonntag haben ihrer Erledigung. Der weitgehende Plan nimmt jetzt, wo die Skizze vorliegt, greifbare Formen an und wird bei keiner Verwirklichung sicherlich das erreichen, was der Veranstalter zu erreichen sich vorgenommen hat: Durch das gemeinsame Zusammenwirken aller in Merleburg betriebenen Sportarten ein leuchtendes Bild für die großen Sportideale geben und bei den fernliegenden dafür werben! Zu der Skizze seien folgende kurze Erläuterungen gegeben:

Der Startpunkt fällt 1/2 2 Uhr an der „Grünen Linde“ in Merleburg. Die hier absteigenden Käufer wechseln den Stad das erste Mal auf dem Marktplatz, von wo er nach dem Strand bis hoch zur Saale getragen wird. Hier erwarten die Schwimmer (darunter Freitag) die Staffel, die nunmehr auf dem Wasserweg bis zur Schleuse und dann nach kurzer Landstrecke durch die Rennbahn der Merleburger Radgesellschaft bis zur Straßenbrücke Skopau geführt wird. Hier erwarten etwa 2,30 Uhr die Langstreckenläufer des Sportvereins 99 darunter Meiches) die Staffe, bringen sie auf der Chaussee nach der Eisenbrücke vor Ammendorf, und nun sehen die Motorradfahrer ein, welche über Ammendorf-Tiefendorf-Bölling-Burg-Heberau-Bencken-Merleburg bis nach Knapendorf fahren. Voraussichtlich Eintreffen dort: 3,15 Uhr. Nachdem die Staffe dann von den vier Helfern übernommen sind, läuft die Staffel auf dem Feldweg zum 99er Sportplatz, wo etwa um 3,30 von je einem Mittelstreckenläufer, Jugend-, Knaben- und Damenmitglied des Sportvereins 99 ein Staffel (2 Runden) vorgeführt wird. Dann bringen die Inquilinen auf der Chaussee zurückgekehrten Motorradfahrer in der Stadt an. Neben den Kundenstil-Lauf (i. d. v.), sondern auch durch einen wohl organisierten Nachrichtendienst Aufklärung erhalten. So bleibt als letzter Wunsch Angaben stehen von Sonnabend ab zum Verkauf.



Am der Saalebrücke in Welfensfeld (etwa um 4,15 Uhr) vier große Automobile, die nunmehr mit der Strecke Lützen-Dürrenbera-Creppau den Löwenanteil an der Kilometerzahl vertragen. Hier die Wasserloobtrike fahren sie dann wieder bis zur grünen Linde (Eintreffen dort etwa um 5,10 Min). Hier holen wieder die 99er Helfern die Staffe, die nunmehr in noch dreimaligem Wechsel zum Sportplatz gebracht werden. Hier werden dann 2 Schlundrunden gelaufen, so daß das Ende des Staffellaufes etwa um 5,15 Uhr anzulegen ist.

Inzwischen haben auf dem 99er Platz von nach 2 Uhr ab sportliche Wettkämpfe verchiedenster Art stattgefunden. Leider war eine Genehmigung zum Fußballspiel (gegen VfL Mühlberg) beim Hauptspielabschluss nicht zu erreichen; trotzdem sollten auch die Handball-Wettkämpfe (99 Damen gegen Selbisch und 99 Herren gegen Tsch. Welfensfeld) spannende Kämpfe bringen, zumal auch von uns bereits eingehend gewirdige Kampf im Vorez Merleburg-Abold in keiner Art etwas ganz Neues für Merleburg darstellt. Außerdem wird jeder Besucher, der sich den Ablauf der Staffe und ihre Anfänge etwa bis zur Wasserloobtrike in der Stadt an. Neben den Kundenstil-Lauf (i. d. v.), sondern auch durch einen wohl organisierten Nachrichtendienst Aufklärung erhalten. So bleibt als letzter Wunsch Angaben stehen von Sonnabend ab zum Verkauf.

Fussball - Schuhe, vorzüglich in Qualität und Haltbarkeit, äußerst billig im **Schuhwarenhans Willy Ehrentant** Merseburg, Kl. Ritterstraße 15.

Certan vernichteter **wanzen** töter **Im Gipslefer** bei **Haustierszn.** Erbauil. L. Apotheken, Drogerien usw.